Bekanntmachung der Gemeinde Süsel

Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16 der Gemeinde Süsel für ein Gebiet in Röbel nordwestlich des Dorfplatzes, nördlich der Ahornstraße und östlich der B 76 nach § 3 Abs. 2 BauGB

Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 18.02.2013 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf der 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16 der Gemeinde Süsel für ein Gebiet in Röbel nordwestlich des Dorfplatzes, nördlich der Ahornstraße und östlich der B 76 und die Begründung liegen vom **19.03. bis 19.04.2013** in der Stadtverwaltung Eutin im Rahmen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Eutin/Süsel für die Gemeinde Süsel, Fachbereich Bauen, im Flur vor dem Zimmer 7, Lübecker Straße 17, 23701 Eutin, montags - donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr sowie nach Vereinbarung öffentlich aus.

Folgende umweltrelevanten Informationen sind verfügbar:

- Umweltbericht gemäß § 2 Abs. 4 und § 2 a Satz 1 Nr. 2 BauGB als Bestandteil der Begründung,
- Lärmgutachten als Anlage der Begründung,
- bereits vorliegende Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu Eingriffen in Landschaft und Natur.

Diese Unterlagen liegen ebenfalls aus. Des Weiteren ist der Landschaftsplan der Gemeinde Süsel einsehbar.

Während der Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planunterlagen einsehen sowie Stellungnahmen hierzu schriftlich oder während der Sprechzeiten zur Niederschrift abgeben.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde Süsel den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit der Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Einwendungen, die im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht werden, aber hätten fristgerecht geltend gemacht werden können, machen einen Normenkontrollantrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) unzulässig.

Die öffentliche Auslegung ist gleichzeitig die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Planung gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO).

Der Geltungsbereich der Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes ist in dem nachstehenden Übersichtsplan umrandet dargestellt.